Ergeht per Mail

Eisenstadt, 28.05.2024
Mag. B/Ko

RUNDSCHREIBEN

Novelle im Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) – Auswirkungen auf Dienstzettel und Aus-, Fort- und Weiterbildungskosten für Ordinationsangestellte

Sehr geehrte Frau Kollegin!
Sehr geehrter Herr Kollege!

Aufgrund der Transparenz-Richtlinie 2019/11525 über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der EU ergeben sich nachfolgende Änderungen auch für die Dienstverhältnisse von Angestellten bei ÄrztInnen und in ärztlichen Gruppenpraxen. Die neuen Regelungen sind zum Teil auch auf bereits vor Inkrafttreten dieser AVRAG-Novelle (28.3.2024) bestehende Arbeitsverhältnisse und noch fortlaufende Ausbildungen anzuwenden:

Erweiterter Inhalt des Dienstzettels

Für alle Arbeitsverhältnisse, die ab 28. März 2024 geschlossen wurden, gibt es beim verpflichtend bei Beginn des Dienstverhältnisses auszustellenden Dienstzettel neue, zusätzliche Pflichtangaben. Im Wesentlichen enthielt der bislang gültige Dienstzettel die entsprechenden Vorgaben. Ausschließlich die Punkte (Nr. 8, Nr. 13, Nr. 15) wurden ergänzt.

Zwingender Inhalt eines Dienstzettels:

1. Name und Anschrift des Arbeitgebers,
2. Name und Anschrift des Arbeitnehmers,
3. Beginn des Arbeitsverhältnisses,
4. bei Arbeitsverhältnissen auf bestimmte Zeit das Ende des Arbeitsverhältnisses,
5. Dauer der Kündigungsfrist, Kündigungstermin, Hinweis auf das einzuhaltende Kündigungsverfahren,
6. gewöhnlicher Arbeits(Einsatz)ort, erforderlichenfalls Hinweis auf wechselnde Arbeits(Einsatz)orte, Sitz des Unternehmens,
7. allfällige Einstufung in ein generelles Schema,
8. vorgesehene Verwendung und kurze Beschreibung der zu erbringenden Arbeitsleistung,
9. die betragsmäßige Höhe des Grundgehalts oder -lohns, weitere Entgeltbestandteile wie z.B. Sonderzahlungen, gegebenenfalls die Vergütung von Überstunden, Fälligkeit und Art der Auszahlung des Entgelts,
10. Ausmaß des jährlichen Erholungsurlaubes,
11. vereinbarte tägliche oder wöchentliche Normalarbeitszeit des Arbeitnehmers,
12. Bezeichnung der auf den Arbeitsvertrag allenfalls anzuwendenden Normen der kollektiven Rechtsgestaltung (Kollektivvertrag, Satzung, Mindestlohntarif, festgesetzte Lehrlingsentschädigung, Betriebsvereinbarung) und Hinweis auf den Raum im Betrieb, in dem diese zur Einsichtnahme aufliegen,
13. Name und Anschrift des Trägers der Sozialversicherung und der Betrieblichen Vorsorgekasse (BV-Kasse) des Arbeitnehmers,
14. Dauer und Bedingungen einer vereinbarten Probezeit,
15. gegebenenfalls den Anspruch auf eine vom Arbeitgeber bereitgestellte Fortbildung.

Dienstzettel sowie Arbeitsverträge, welche vor dem 28. März 2024 abgeschlossen wurden, müssen nicht geändert werden.

Die Pflicht zur Ausstellung eines Dienstzettels entfällt dann, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde, welcher alle aufgezählten Angaben enthält. In Kürze finden Sie einen die gesetzlichen Vorgaben enthaltenden Musterdienstzettel auf unserer Homepage unter: <https://www.aekbgld.at/arzt-als-dienstgeber>.

Aus-, Fort- und Weiterbildung von Ordinationsangestellten

Neu ist die explizite Regelung, dass der Arbeitgeber (auch für bereits am 28.3.2024 bestehende Dienstverhältnisse) die Kosten einer Aus-, Fort- und Weiterbildung des Ordinationspersonals zu tragen hat, wenn auf Grund gesetzlicher Vorschriften, Verordnungen, Normen der kollektiven Rechtsgestaltung oder des Arbeitsvertrages eine bestimmte Aus-, Fort- oder Weiterbildung Voraussetzung für die Ausübung der arbeitsvertraglich vereinbarten Tätigkeit ist (§ 11b AVRAG). Eine Ausnahme besteht dann, wenn die Kosten von einem Dritten (z.B. AMS) getragen werden.

Eine derartige Aus-, Fort- und Weiterbildung zählt zudem zur Arbeitszeit.

Betreffend die Ausbildung zur Ordinationsassistentenz ergibt sich durch die EU-Transparenzrichtlinie dahingehend eine Änderung, dass im Falle einer/eines Angestellten ohne Ordinationsassistentenkurs die Kosten der Ausbildung zur Ordinationsassistentenz vom Arbeitgeber zu tragen sind, sofern eine tatsächliche Verwendung als Ordinationsassistentenz (und nicht bloß als Verwaltungskraft) stattfindet. Ob ein Ausbildungskostenrückersatz gem. § 2d AVRAG, welcher unverändert geblieben ist, wirksam vereinbart werden kann, wird von Juristen unterschiedlich beurteilt – dies werden wie so oft erst die Gerichte klären.

Hinsichtlich der Kosten für die Fort- und Weiterbildung ergeben sich aus unserer Sicht für die Ordinationsassistentenz keine Änderungen, da die Kostentragung für die Fort- und Weiterbildung bereits durch den Kollektivvertrag für Angestellte bei Ärztinnen/Ärzten und in ärztlichen Gruppenpraxen im Burgenland geregelt ist. Laut § 14 Aus- und Weiterbildung des Kollektivvertrages sind bei allen Dienstnehmer/innen, wo eine gesetzliche Fortbildungsverpflichtung vorgesehen ist (z.B. Ordinationsassistentenz), berufsorientierte Fortbildungsmaßnahmen im Mindestausmaß von 12 Stunden pro Jahr zu absolvieren, wobei ein Durchrechnungszeitraum von 3 Jahren gilt. Bezüglich der Art der Maßnahme und des Zeitpunkts der Teilnahme ist das Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer/in und Arbeitgeber herzustellen. Die Kosten für diese Fortbildung/-en sind vom Arbeitgeber zu tragen. Die dafür aufgewendete Zeit ist Arbeitszeit. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die für Gesundheitsberufe gesetzlich geforderten Fortbildungen auch durch OrdinationsinhaberInnen selbst durchgeführt bzw. angeboten werden können.

Die neuen Regelungen für Aus-, Fort- und Weiterbildungen sind auch auf bereits bestehende Arbeitsverhältnisse und noch fortlaufende Ausbildungen anzuwenden.

Mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme verbleiben wir

Ärztchammer für Burgenland

Der Kurienobmann:

Der Präsident:

VP Dr. Michael Schriefl eh.

Dr. Christian Toth eh.